

Dringlichkeitsantrag: Solidarität mit Israel: Für Frieden, gegen Hass und Terror



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Karim Saleh (KV Freiburg)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 98 bis 101:

kennen und die Verantwortung begreifen, die sich daraus für unser Land ergibt. Zivilgesellschaftliche Organisationen, die **AufklärungsPräventions-** und Bildungsarbeit gegen Antisemitismus leisten **oder Betroffene von antisemitischer Gewalt unterstützen und beraten**, müssen gestärkt werden. Wir brauchen islamische Verbände und Vereine, die strukturell, personell und finanziell in Deutschland verwurzelt sind.

Begründung

Präzisierung: Prävention -und Bildungsarbeit werden bereits über verschiedenen Bundesprogramme finanziert. Der Begriff der Prävention ist wichtig, weil Aufklärung und Bildung allein noch keine umfängliche Vorbeugung gegen Antisemitismus oder Formen von Extremismus darstellen.

Beratungsstellen von Betroffenen von antisemitischer Gewalt arbeiten im Moment am Limit. Allein deswegen sollte ihre Arbeit hier erwähnt werden.

weitere Antragsteller*innen

Mersad Rekic (KV Stuttgart); Laura Christina Mantilla (KV Freiburg); Canan Balaban (KV Ludwigsburg); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Samy Ateia (KV Regensburg-Stadt); Maria Viethen (KV Freiburg); Ana Bolaños (KV Karlsruhe-Land); Birgit Vasiliades (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Ocean Renner (KV Nordfriesland); Cim Kartal (KV Bielefeld); Sascha Krieger (KV Berlin-Pankow); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Markus Schopp (KV Berlin-Mitte); Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Volkmar Nickol (KV Berlin-Kreisfrei); Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte); Marcus Schmitt (KV Main-Taunus); Miranouk Schleier (KV Bamberg-Stadt); sowie 38 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.